

Das Leben im 21. Jahrhundert gestalten lernen.



InfoBox

Nachhaltige Stadt

Good Practice und Materialien

I. Netzwerke für nachhaltige Stadtentwicklung	2
1. Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden Europas	2
2. Das Gesunde-Städte-Netzwerk und Healthy Urban Cities	3
II. Das Programm „Die soziale Stadt“	5
1. Anmerkungen zum Programm	6
2. Gesundheitsförderung im Quartiersmanagement Soldiner Straße, Berlin-Wedding	8
3. Kinderbeteiligung im Berliner Bezirk Kreuzberg – Kiezdetektive	11
III. Spielstadt, was ist das?	16

I. Netzwerke für nachhaltige Stadtentwicklung

Um die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in ihrer Gemeinde zu fördern und um sich mit anderen Städten über ihren Weg auszutauschen, entstanden zwischen den Städten Europas und auch international verschiedene Netzwerke. Allen voran ist die Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden zu nennen, welche mit ihrer Charta von Aalborg einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg der Initiierung einer Politik für eine nachhaltige Entwicklung setzten. Alle Unterzeichner dieser Charta (siehe im Anhang) verpflichteten sich z. B. in ihren Gemeinden in lokale Agenda 21-Prozesse einzutreten.

Als zweites Netzwerk für eine zukunftsfähige städtische Entwicklung möchte ich nachfolgend (Kap. 1.2) das gesunde Städte-Netzwerk als deutsche Vertretung des internationalen Netzwerkes der WHO – Healthy Urban Cities vorstellen. Dieses Netzwerk besteht schon seit 1987 und kümmert sich im Kern um die Schaffung einer gesunden städtischen Lebenswelt als Querschnittsaufgabe der lokalen Behörden. Es wurde bereits vor dem Gipfel von Rio gegründet und hat ähnliche Ziele wie die nachhaltige Stadtentwicklung. In der aktuellen Projektphase bezieht sich das Netzwerk als Handlungsgrundlage beispielsweise auch auf die Agenda 21.

1. Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden Europas

Die Charta von Aalborg (Charter of European Cities & Towns Towards Sustainability) wurde von den Teilnehmern der Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden beschlossen, die von der Stadt Aalborg, Dänemark, und der Europäischen Kommission vom 24. - 27. Mai 1994 in Aalborg veranstaltet und vom Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) inhaltlich ausgerichtet wurde. ICLEI zeichnete den Entwurf der Charta verantwortlich und entwickelte ihn gemeinsam mit dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Die Charta spiegelt Gedanken und Formulierungen vieler Beteiligter wider.

Die Charta von Aalborg wurde anfangs von 80 europäischen Kommunen und 253 Vertretern internationaler Organisationen, nationaler Regierungen, wissenschaftlicher Institute, Berater und Einzelpersonen unterzeichnet. Durch die Unterzeichnung der Charta initiierten die Städte, Gemeinden und Kreise die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden und verpflichteten sich dazu, in „Lokale Agenda 21“-Prozesse einzutreten und langfristige Handlungsprogramme mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit aufzustellen.

Der Charta-Entwurf wurde von den mehr als 600 Teilnehmern der Aalborg-Konferenz in 36 Workshops diskutiert. Vieler ihrer Kommentare und Vorschläge wurden in den endgültigen Text aufgenommen. Dennoch meinte der Charta-Redaktionsausschuss, dass zahlreiche grundlegende und substantielle Ergänzungsvorschläge nicht einfach im Wege der redaktionellen Bearbeitung einbezogen werden können, sondern eine intensivere Erwägung und Diskussion verdienen. Daher

schlug er vor, dass es Aufgabe der Kampagnenkoordination sein solle, die Ergänzungsvorschläge zu sichten, die Charta weiterzuentwickeln und den Teilnehmern der Zweiten Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden vorzulegen, die im September 1996 in Lissabon stattgefunden hat.

Daraus entwickelte sich die Praxis einer fortwährenden Weiterentwicklung der Charta im Zuge der Kampagne. Zuletzt wurde die Charta auf der im Februar des Jahres 2000 stattfindenden Hannover-Konferenz geändert und um den so genannten Hannover-Aufruf erweitert.

Die Begriffe „sustainable“ (wörtlich: aufrechterhaltbar) und „sustainability“ (Aufrechterhaltbarkeit) aus der englischen Originalfassung finden im deutschen Sprachgebrauch keine griffige Entsprechung. Je nach Sinnzusammenhang wurde „sustainable“ mit beständig, zukunftsbeständig, dauerhaft oder nachhaltig und umweltgerecht übersetzt. Für „sustainability“ wurden entweder Zukunftsbeständigkeit oder Dauerhaftigkeit in Bezug auf Kommunen, sowie Nachhaltigkeit in Bezug auf Ressourcenbewirtschaftung verwendet.

2. Das Gesunde Städte-Netzwerk und Healthy Urban Cities

Das Projekt Healthy Urban Cities wurde 1987 von der World Health Organization (WHO) ins Leben gerufen. Es ist ein internationales Entwicklungsprojekt, welches das Thema Gesundheit verstärkt in die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger bringen soll. Derzeit befindet sich das Projekt bereits in einer dritten Projektphase, welche bis 2002 dauern soll. In dieser Projektphase werden sich die Projektstädte dafür einsetzen, auf der Grundlage der Konzepte „Gesundheit für alle“ und der „Lokalen Agenda 21“ die Gesundheitsentwicklung in ihren Städten zu fördern. Bereits 1990 wurde im Rahmen dieses Programmes auch ein Set von Indikatoren entwickelt, welches die Entwicklung der Gesundheit in den Städten messbar machen soll.

Im Juni 1998 unterzeichneten Bürgermeister und führende Politiker aus über 100 europäischen Städten bei der internationalen Gesunde-Städte-Konferenz in Athen die **Athener Erklärung für Gesunde Städte**. Der Fokus der Aktivitäten der Phase III liegt in den Grundprinzipien von Chancengleichheit, Nachhaltigkeit, sektorübergreifender Zusammenarbeit und Solidarität. Folgende Handlungsbereiche werden bis 2002 im Vordergrund stehen:

Für Gesundheit und hohe Lebensqualität zuträgliche städtische Planungsverfahren,

- Lebensweisen und Armut,
- die Bedürfnisse von Senioren und Teenagern,
- Lebensbedingungen und soziale Unterstützung,
- ökologisches Management, Verkehr, Verschmutzung,
- Befähigung zum selbstbestimmten Handeln,
- Investitionen für die Gesundheit und
- rechenschaftspflichtige Verantwortung für die Gesundheit.

Neben diesem internationalen Netzwerk gibt es in insgesamt 29 Ländern Europas auch nationale Gesundheitsnetzwerke. In Deutschland zählt das Gesunde-Städte-Netzwerk dazu. In diesen Netzwerken sind nahezu 1.100 Städte Europas engagiert, einige auch in regionalen oder thematisch orientierten Netzwerken.

Kontakt:

WHO-Projektbüro „Gesunde Städte“

Dr. Agis Tsouros

Regionalbeauftragter, städtische Gesundheitspolitik

Koordinator des Gesunde-Städte-Projekts

Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation

Scherfigsvej 8

DK-2100 Kopenhagen Ø

Dänemark

II. Das Programm „Die soziale Stadt“ – Quartiersmanagement

Die soziale und räumliche Polarisierung in den Städten nimmt zu. Daher haben Bund und Länder die Städtebauförderung um das neue Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzt (Abbildung 1). Ziel ist eine zukunftsfähige Entwicklung in diesen Quartieren.

Dazu sollen

- Förderungsprogramme ressort- und ämterübergreifend kombiniert,
- nicht-investive Maßnahmen stärker berücksichtigt und
- neue Verwaltungs- und Managementstrukturen erprobt werden.

Die vielfältigen Ressourcen können so für eine umfassende und integrierte Stadtentwicklung gebündelt und der Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und flexibler gestaltet werden.

Das Programm wird Erfolg haben, wenn die Quartiersbevölkerung aktiv mitwirkt, die lokalen und lokal wirksamen Akteure engagiert zusammenarbeiten und wenn Politik und Verwaltung dieses Programm wirklich wollen.

Ansprechpartner sind die Länderministerien.

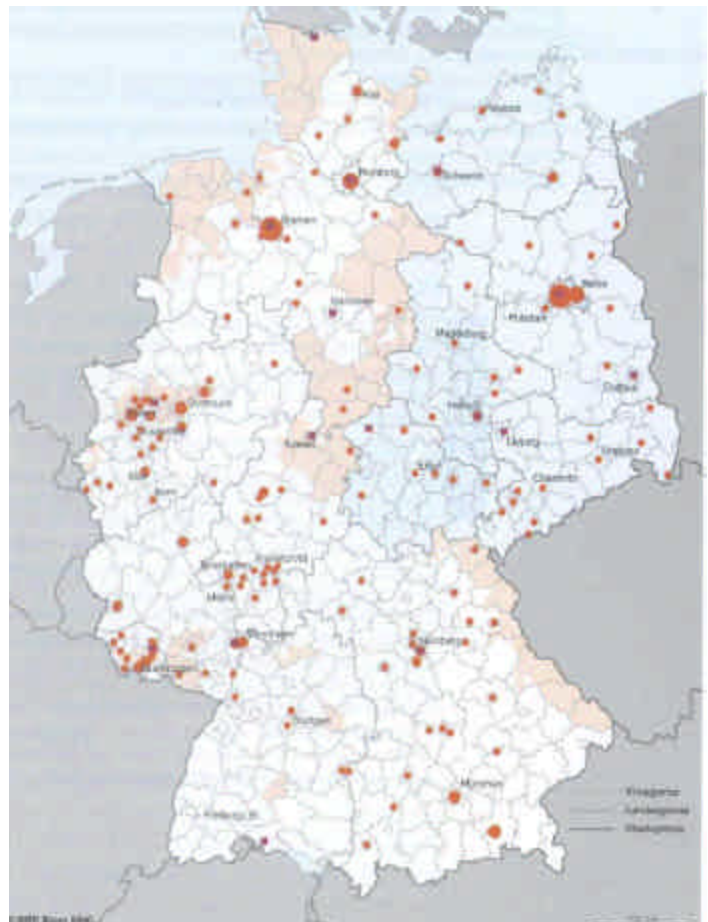


Abbildung 1:
Gemeinschaftsprogramm „Die soziale Stadt“ (Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

Von einer engagierten und kreativen Umsetzung des Programms werden folgende Wirkungen erwartet:

- Soziale Impulse (z. B. Aktivierung und Förderung der Potentiale im Quartier, Stärkung von Selbstverantwortung, Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen ins Gebiet, Erhöhung der Sicherheit);
- ökonomische Impulse (z. B. Beschäftigung und Qualifizierung, Stabilisierung und Gründung lokaler Unternehmen, Tauschbörsen);
- ökologische Impulse (z. B. Energieeinsparung, Verkehrsreduzierung, Lärmschutz, Entsiegelung, Begrünung, Renaturierung);
- kulturelle Impulse (z. B. Weiterentwicklung der Quartiersidentität, Ausweitung von Angeboten für Bildung und Spracherwerb, Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Gebiet, Einrichtung von Treffpunkten und Quartierszentren);
- baulich-städtebauliche Impulse (z. B. bewohnerorientierte Modernisierung, Verbesserung der Infrastruktur, Wohnumfeldverbesserung);
- partizipatorische Impulse (z. B. Mitwirkung an der Quartiersentwicklung, Agenda-Gruppen, Runde Tische, Selbst-/Nachbarschaftshilfe);
- politisch-administrative Impulse (z. B. gebietsorientierter Einsatz verschiedener Fachpolitiken, Bündelung investiver und nicht-investiver Maßnahmen, Einrichtung von Quartiersbudgets).

(der Internetpräsentation des Programms „die soziale Stadt“ beim difu entnommen)

1. Anmerkungen zum Programm

Das Programm die soziale Stadt geht auf eine Gemeinschaftsinitiative der Ministerkonferenz der ARGEBAU 1996 zurück. Es ist die Antwort auf eine steigende soziale Polarisierung in den Städten. Ausgehend von dieser Gemeinschaftsinitiative der Ministerkonferenz hat die Bundesregierung 1999 ein Programm mit derselben Stoßrichtung aufgelegt, das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, kurz „Die soziale Stadt“.

In diesem Programm wird festgelegt, die Städtebauförderung, welche historisch aus dem Aufbau der Städte nach dem Krieg entstanden ist, nun den veränderten Bedingungen anzupassen. Gefördert werden durch das Programm eben jene Stadtteile, welche insbesondere durch innerstädtische Segregationsprozesse vom sozialen Abstieg betroffen und bedroht sind. Hinzu kommen auch die Gebiete, die durch ihre periphere Lage eine ähnlich einseitige Bewohnerstruktur haben, welche sich in strukturschwachen Regionen oder Siedlungen der abgezogenen ehemaligen Streitkräfte etabliert hat. Diese Gebiete finden sich sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern, zwar aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen, jedoch mit ähnlichen Auswirkungen.

Es lassen sich grundsätzlich zwei Gebietstypen unterscheiden. Einerseits innerstädtische Altbauviertel, welche sich durch eine heruntergekommene Gebäudesubstanz und eine defizitäre Umweltqualität und Freiflächenversorgung beschreiben lassen. Diese Viertel sind oftmals bereits in einer sozialen Abwärtsspirale gefangen. Die Spirale wird zum Selbstläufer durch fehlende Investitionen von privaten Kapitalträgern und einer Bevölkerungsstruktur, die sich durch ein geringes ökonomisches Leistungsvermögen auszeichnet. Für diese Gebiete ist neben der baulichen Modernisierung und Sanierung des Bestandes die Einbeziehung und Qualifizierung der Bewohner erforderlich.

Der zweite Gebietstyp sind große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte. Hierzu lassen sich auch die Plattenbausiedlungen in den Städten der neuen Bundesländer zählen. Merkmale dieser Gebiete sind oftmals eine periphere Lage an den Stadträndern, eine einseitige Funktionszuweisung als „Schlafstädte“, häufig eine defizitäre architektonische Ausgestaltung, monotone Anlagenkonzepte und eine fehlende soziale Infrastruktur. Eine lokale Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Nahbereich sind gar nicht oder nur geringfügig vorhanden. Durch diese Bedingungen ist die Identifikationsmöglichkeit der Bewohner mit ihren Quartieren gering.

In Westdeutschland kommt hinzu, dass die Vergabep Praxis für den sozialen Wohnungsbau auch häufig eine einseitige Bevölkerungsstruktur mit einkommensschwachen Haushalten bedingt hat. Für diese Gebiete sind Maßnahmen zur lokalen Wirtschaftsförderung und die Anstrengung einer heterogenen Bevölkerungsstruktur durch Änderung und Aufbrechung üblicher Vergabepraktiken notwendig.

In beiden Gebieten ist die ökologische Aufwertung der Quartiere durch ansprechende und bewohnerorientierte Freiflächenversorgung angebracht. Das Konzept der sozialen Stadt setzt in dem Programm bei der Entwicklung direkt in den Quartieren an, welche durch gezieltes Stadtteilmanagement entwickelt werden sollen. Ziel ist es die Problemgebiete zu selbstständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive zu machen.

Auf eine detailliertere Darstellung der Vorgehensweisen und Organisationsstrukturen des Programms möchte ich an dieser Stelle verzichten. Zu dem bewusst lokalen Handlungsansatz ist jedoch anzumerken, dass für die Entwicklung einer Stadt immer die ganze Stadtbevölkerung Verantwortung trägt. Denn die innerstädtischen Segregationsbewegungen gehen nicht von den verbleibenden einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen aus, sondern von aufstrebenden Bevölkerungsgruppen, die sich ab einem bestimmten Punkt vermehrt der sozialen Konfrontation im Quartier entziehen. Ebenso ausschlaggebend ist die Entwicklung aufstrebender Stadtbezirke, in welchen durch Preissteigerung auch ein Verdrängungsprozess der benachteiligten Personenkreise ausgelöst wird, die zusätzlich in die bereits schlechter strukturierten Bezirke umsiedeln. Insofern kann ein gebietsbezogenes Handeln nicht an der definierten Grenze halt machen, sondern eine Gesamtberücksichtigung des Themas in der städtischen Politik ist notwendig. Nachfolgend möchte ich zwei Praxisberichte aus der Umsetzung des Programmes beifügen: Quartiersmanagement Soldiner Straße und Kinderbeteiligung in Friedrichshain-Kreuzberg.

2. Gesundheitsförderung im Quartiersmanagement Soldiner Strasse, Berlin-Wedding

Von Brita Liebscher¹

Ich arbeite als Quartiersmanagerin bei der L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH. Die **L.I.S.T. GmbH** – Lösungen im Stadtteil – ist seit zwei Jahren von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit der Durchführung des Quartiersmanagement im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ im Gebiet rund um die Weddinger Soldiner Strasse beauftragt. Es handelt sich dabei um eines der 15 ausgewählten Berliner Wohngebiete „mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Die L.I.S.T. ist bereits seit 10 Jahren für die Senatsbauverwaltung als treuhändischer Sanierungsträger im Rahmen des Programms „**Wohnungspolitische Selbsthilfe**“ tätig, das noch aus der Zeit besetzter Häuser in Berlin stammt. Mietergemeinschaften, soziale oder kulturelle Gruppen und Vereine erhalten für die Sanierung von Altbauten eine Bauförderung von ca. 80 %, wenn sie diese selbst organisiert durchführen und einen Eigenanteil von mindestens 20% der Sanierungskosten aufbringen. Dieses Programm betreuen wir in verschiedenen Berliner Stadtbezirken.

Wir koppeln die Sanierung der Häuser in der Regel mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Von daher ist bei uns der **integrierte Ansatz des Quartiersmanagements** bereits erprobt. Neu sind jedoch die Möglichkeiten, die einzelnen Maßnahmen im Programm „Soziale Stadt“ zu bündeln und auf lokaler Ebene umzusetzen. Wir schätzen dabei sehr die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Wedding, die kompetenten Ansprechpartner und kurzen Wege. Unsere Koordinatoren im Bezirksamt wiederum lernen, was es bedeutet, die verschiedenen Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene mit Beschäftigungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen zu verknüpfen.

Unser Quartier **umfasst ca. 13.000 Einwohner** und ist begrenzt durch die Osloer Strasse, Koloniestrasse, dem Panke-Rückhaltebecken und der Wollankstrasse. Es ist ein sehr kleinräumiges Gebiet, aber uns war von Anfang an klar, dass wir nicht jede Aktivität auf die Lage im Gebiet begrenzen können. Wenn sich z. B. Leute aus den angrenzenden Strassen mit konkreten Vorschlägen oder Problemen an uns wenden, sehen wir diese räumliche Begrenzung nicht.

Bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sind im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ bereits Fördermittel in Höhe von **3 Mio. DM für die Jahre 1999 bis 2004 für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen** beantragt und bewilligt worden. Darüber hinaus werden die Quartiersmanagement jährlich mit einem sogenannten Aktionsfonds in Höhe von 30.000 DM ausgestattet, der für kleinteilige Maßnahmen zur Förderung der Bewohnerbeteiligung, Stärkung der Nachbarschaft und Stadtteilkultur jeweils in Höhe von 1.000 bis 3.000 DM schnell und unbürokratisch vergeben werden kann.

Zur Wohnumfeldverbesserung gehört die **Umgestaltung von Hinterhöfen** mit Beteiligung der Mieter und Eigentümer. Bei einer Eigenleistung von 35% der Bruttobaukosten wird die Umgestaltung von Höfen mit 65% aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Wir ha-

¹ Brita Liebscher ist seit 10 Jahren bei der L.I.S.T. GmbH als Projektkoordinatorin tätig und koordiniert das Quartiersmanagement Soldiner Strasse.

ben zu diesem Vorhaben eine Auftaktveranstaltung in unserem Vorortbüro durchgeführt, in der wir im Rahmen einer Ausstellung mit Photos von schönen Höfen und Muster von Baumaterialien Möglichkeiten zeigen, die Hinterhofsituation attraktiv zu verändern. Wir führen Hausversammlungen mit Mietern und Hauseigentümern durch, um deren Vorstellungen zur Hofumgestaltung aufzunehmen. Hierbei kommen regelmäßig Probleme wie fehlende Spielmöglichkeiten für Kinder, Müll und Verwahrlosung der Eingangsbereiche zur Sprache. Faszinierend ist, wie sich die verschiedenen Bewohner aus typischen Weddinger Hinterhöfen zusammenfinden, um solche Maßnahmen schließlich gemeinsam umzusetzen.

In unserem Gebiet findet viel **Leben auf der Straße** statt. Wer die breiten Straßen entlanggeht, findet aber auch viel Sperrmüll, fehlende Sitzgelegenheiten, ungepflegtes Straßengrün, uneinheitlichen Wegebelag, Falschparker und leerstehende Läden – kurz gesagt: der öffentliche Straßenraum lädt nicht zum Verweilen ein. Auch hierzu wollen wir mit den Bewohnern gemeinsam Konzepte entwickeln. Zum Thema Verkehr erstellen wir derzeit ein Verkehrsgutachten mit intensiver Bewohner- und Kinderbeteiligung.

Zum „Öffentlichen Raum“ gehört die Umgestaltung von Grünflächen und Spielplätzen im Gebiet. Wir erleben täglich in unserem Vorortbüro, dass viele Kinder nach der Schule auf der Straße leben, schlecht ernährt und sich selbst überlassen sind. Wir wollen mit Spielplätzen, die wir umgestalten, Orte schaffen, an denen Kinder ein sicheres Umfeld zum Spielen finden. Es müssen aber auch Begleitmaßnahmen initiiert werden, die mobile Spielplatzbetreuung und die Bereitstellung einer Nachmittagsbeköstigung sichern. Viele Kinder bekommen ein paar Mark in die Hand gedrückt, die sie in Süßigkeiten oder zuckerhaltige Getränke investieren und werden erst wieder abends in der Familie mit Essen versorgt. In diesem Bereich muss noch viel passieren. Hilfe erhoffen wir uns in der Zusammenarbeit mit ortsansässigen Trägern und Initiativen.

Weitere Aktivitäten im Bereich Gesundheitsförderung führen wir in **Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und der Selbsthilfe-Kontakt- und -beratungsstelle RaBe** durch. In unserem Vorortbüro finden viermal wöchentlich durch die Volkshochschule Deutschkurse für ausländische Eltern statt. Dieser Kurs dient der notwendigen Sprachförderung als Voraussetzung für die Integration von Migranten. Die Teilnehmerinnen sind ausschließlich Frauen, die wir als Multiplikatoren für weitere Aktivitäten und Engagement z. B. in Selbsthilfegruppen, gemeinsamen Freizeitaktivitäten oder für Ehrenämter gewinnen möchten.

Ein weiteres Projekt ist der „Soldiner Treff“ für Bewohner, insbesondere trockene Alkoholiker, der von Betroffenen ins Leben gerufen wurde. Mit Mittel des Aktionsfonds wurde ein geeigneter Laden in der Soldiner Strasse angemietet, der allen Bewohnern täglich für Rat und Hilfe offen steht.

Überall dort, wo Betroffene oder Bewohner im Gebiet sich engagieren, wollen wir die Aktivitäten aufgreifen und unterstützen.

Besonders wichtige Kooperationspartner im Gebiet sind die **Schulen und Kitas**. Der dortige Ausländeranteil beträgt zum Teil 80-85%. Um Gesundheitsthemen wie z. B. die Durchimpfung der Bevölkerung oder Ernährungsgewohnheiten anzusprechen, müssen wir erst einmal

an der Basis mit Sprachförderung beginnen. Eine Kita nutzt zur Sprachförderung der Kinder das Modellprojekt „Redefix“, das wir unterstützen. Parallel dazu erfolgt die Sprachförderung durch die Eltern im Rahmen des Projektes „Hippy“.

An der Schwartzkopff-Oberschule initiierten die Lehrer die Ausbildung von Schülern als Konfliktlotsen. Auch diese Maßnahme konnte im Aktionsfonds finanziert werden. Das Modell können sich auch andere Schulen abgucken.

Was sind unsere Pläne im Bereich Gesundheitsförderung? Es gibt Überlegungen, Multiplikatoren wie Ärzte, Krankenkassen etc. in Bezug auf Beratung und Aufklärung anzusprechen, um vorhandene Aktivitäten noch besser als bisher auf die Bevölkerung im Gebiet abzustimmen. Wir wollen weitere Kinderprojekte zur Gesunden Ernährung initiieren und uns verstärkt der Gründung von Selbsthilfegruppen widmen. Wenn uns das gelingt, haben wir schon viel geschafft.

In den 15 Quartiersmanagementgebieten – das kann ich für den Wedding sagen – haben wir modellhaft begonnen, die verschiedenen Ressourcen und Programme miteinander zu verknüpfen. Es ist eine gute Ausgangsbasis, mit einem kleinen Gebiet anzufangen und anschließend die Erfahrungen für andere Gebiete zu nutzen.

3. Kinderbeteiligung für eine gesunde und zukunftsfähige Stadt

Erfahrungen aus dem Berliner Bezirk
Friedrichshain-Kreuzberg

Von Ingrid Papies-Winkler²

Seit Juni 1999 ist Berlin-Kreuzberg Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk. Als zweitkleinster (10,389 km²) und am dichtesten besiedelter Bezirk Berlins mit ca. 150.000 Einwohnern, der geringsten Grünfläche je Einwohner und – lt. Berliner Sozialstrukturatlas – der größten sozialen Belastung, hat sich Kreuzberg zum Ziel gesetzt, u. a. durch die Aktivitäten des Gesunde Städte-Netzwerkes, der Lokalen Agenda 21 und der Sozialen Stadtentwicklung, die Lebensqualität im Bezirk zu verbessern.

Trotz niedrigstem Sozialindex Berlins, höchster Arbeitslosenrate, zweithöchstem Anteil an Sozialhilfeempfängern, höchstem Anteil von MigrantInnen, niedrigem Wohnungsstandard mit hoher Belegungsdichte und den daraus resultierenden Problemen, verfügt der Bezirk über viele wertvolle Ressourcen. Hierzu zählen die reiche Projektilandschaft, die Vielfalt der Kulturen, das hohe Potenzial an Selbsthilfe, nachbarschaftliche Kiezstruktur, gute Modelle von Stadtplanung und Stadtentwicklung und eine lange Tradition der Bürgerbeteiligung.

Kiezdetektive

Hier setzt auch das Projekt zur Kinderbeteiligung **„Kiezdetektive“** an, das in enger Kooperation vom Gesunde Städte-Netzwerk (Koordination Plan- und Leitstelle Gesundheit) und der Lokalen Agenda 21 durchgeführt wurde.

Kinder sollen als Experten in eigener Sache in Planungs- und Entscheidungsprozesse im Rahmen von nachhaltiger gesunder Stadtentwicklung und -gestaltung eingebunden werden.

Als Kiezdetektive spüren sie Probleme in ihrem unmittelbaren Lebensraum auf, aber finden auch Schätze. Die Ergebnisse werden auf einer Kinderversammlung vorgestellt. Die aktive Erschließung des Umfeldes zielt auf die Stärkung persönlicher Kompetenzen der Kinder, des Empowerments und des Erlernens demokratischen Handelns.

Eine Partizipation an politischen Prozessen auf Bezirksebene, jetzt Friedrichshain-Kreuzberg, ist ausdrücklich erwünscht und als dauerhafte Einrichtung vorgesehen.

Die konzeptionellen Überlegungen von Gesunde Städte-Netzwerk und Lokaler Agenda 21 hatten zum Ziel, bei der Kinderbeteiligung insbesondere sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche einzubeziehen, sowohl deutscher als auch nichtdeutscher Herkunft, um deren persönliche und soziale Kompetenzen zu fördern.

Durch die Wahl des Setting-Ansatzes „Kita“ und „Schule“ erschien die Erreichbarkeit der Zielgruppe am ehesten gegeben. Gezielt wurden

² Ingrid Papies-Winkler ist Mitarbeiterin der Plan- und Leitstelle Gesundheitsförderung im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Abt. Gesundheit und Personal

Einrichtungen in bezirklichen Gebieten mit Stadtentwicklungsbedarf einbezogen.

Die Methode der Kiezdetektive, die vom Marzahner Kinder- und Jugendbüro e.V. entwickelt wurde, fand bei Kreuzberger Kindern, Multiplikatoren aus dem Schul- und Kitabereich und den Bezirkspolitikern große Resonanz. Die Akteure der Lokalen Agenda 21 und des Gesunde Städte-Netzwerks übernahmen gemeinsam die Programmentwicklung und -steuerung, die Moderation und die Öffentlichkeitsarbeit.



Abbildung 2:
Am Stirnband zu erkennen: Kiezdetektive aus dem Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Es wurde mit diesem Projekt eine ressortübergreifende, intersektorale Kooperation entwickelt, an der die politisch verantwortlichen Dezernenten der Abteilung Personal und Verwaltung, Stadtentwicklung und Umweltschutz, Abteilung Soziales und Gesundheit sowie Abteilung Jugend, Bildung und Kultur beteiligt sind, zum einen durch die persönliche Präsenz bei den Kinderversammlungen zum anderen durch die Bearbeitung der identifizierten Probleme durch die Fachabteilungen.

Die Kinderbeteiligung ist als langfristiges Projekt angelegt. Die Kiezerkundungen, die Kinderversammlung und die Ergebniskontrolle sollen als nachhaltige Planungs- und Kooperationsstruktur in bezirkliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die Akteure der Lokalen Agenda 21 und des Gesunde Städte-Netzwerks haben die Aufgabe, die Projekt- und Ergebnisqualität zu sichern, d. h. die Bearbeitung der Ergebnisse in den Fachabteilungen und bei den Politikern nachzufragen, Problemlösungen mitzuentwickeln und den Informationsfluss zwischen allen Beteiligten zu gewährleisten.

Der **Ablauf des Projekts „Kiezdetektive“** sieht wie folgt aus:

- **Methodenworkshop**, auf dem Erfahrungen und Möglichkeiten der Kiezerkundung aufgezeigt werden;
- **Erkundungen** der Kiezdetektive;
- Präsentation der Ergebnisse als **Ausstellung** im Rathaus;
- **Kinderversammlung** mit Vertretern aus Politik und Verwaltung;
- **Umsetzung der Ergebnisse** durch Politik und Fachverwaltung;
- **Ergebniskontrolle** durch die Kinderversammlung.

Die erste Runde fand im Oktober 1999 bis zum Januar 2000 statt, die zweite Runde ging vom März bis Juli 2000. Aufgrund der Bezirksfusion Friedrichshain-Kreuzberg und den neuen politischen Konstellationen wurde das Projekt unterbrochen. Für 2002 sind neue Kiezerkunden im Fusionsbezirk geplant.

Ca. 230 Kinder im Alter von 6 - 13 Jahren aus 11 Schulen und Freizeiteinrichtungen nahmen bisher als Kiezdetektive an dem Erkunden in ihrem Wohnumfeld teil. Ausgerüstet mit Kiezdetektivstirnbändern und -ausweisen, Fotoapparaten, Tonbändern und Schreibblöcken, spürten sie in drei verschiedenen Sozialräumen die positiven Seiten ihres Kiezes, die „Schätze“ auf, wie z. B. freundliche Gemüsehändler, die Milchbar an der Ecke als Treffpunkt, gelungene Wandbilder oder die Apotheke als Informationsquelle.

Vor allem aber ermittelten sie Probleme und Schattenseiten ihres Umfeldes, Dinge, Menschen und Situationen, durch die sie sich belästigt, gestört oder gefährdet fühlen, wie z. B. Müll in Form von gebrauchten Spritzen, Autobatterien, Hundehaufen, Zigarettenskippen, aber auch sexistische „Anmache“ und rasende Autofahrer oder Spielplätze in schlechtem Zustand. Die kritischen Beweisstücke wurden in Form eines „Denkzettels“ dokumentiert zur Übergabe an die verantwortlichen Politiker. Begleitet wurden die Kinder bei ihren Erkundungen von ihren ErzieherInnen und LehrerInnen und einer Mitarbeiterin der Lokalen Agenda 21. Schätze wurden benannt, Kritiken geäußert, aber auch konkrete Vorschläge für Veränderungen gemacht.

Beispiele für Umsetzung der Ergebnisse

Problem: Zäune zwischen freiem Grundstück Kita Schlesische Straße/Jugend-Projekt „Rabia e.V.“ und Seniorenfreizeitstätte Falckensteinstraße.

Vom Bürgermeister wurde veranlasst, dass die Quartiersmanager der Sozialen Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen von Rabia e. V., den älteren Menschen der Seniorenfreizeitstätte und den Kindern des Horts ein Konzept zur Gestaltung der Freifläche entwickeln.

- ✓ Dieses Konzept wurde inzwischen detailliert ausgearbeitet.
- ✓ Erste Arbeiten zum Entfernen der Zäune haben begonnen.
- ✓ Finanzielle Mittel zur Umgestaltung stehen im Rahmen des Quartiersmanagements zur Verfügung.

Problem: Fehlender Kontakt zwischen Kiezdetektiven Schlesische Straße und Seniorenfreizeitstätte Falckensteinstraße.

Die Kinder wünschten sich näheren Kontakt zu den älteren Menschen, die sich regelmäßig in der Freizeiteinrichtung treffen.

- ✓ Verschiedene Treffen haben inzwischen stattgefunden.
- ✓ Die SeniorInnen luden die Kinder zu einem gemeinsamen Mittagessen ein, die Kinder nahmen an einer Töpferrunde teil, sie diskutierten gemeinsam den Entwurf zu einem Wandbild.
- ✓ Die Ausstellung der Kiezdetektive wurde in der Freizeiteinrichtung für vier Wochen präsentiert.
- ✓ Die Kontakte werden fortgesetzt.

Problem: Anmache der Mädchengruppe der Lenau-Schule durch Jungen des Velo-Fit-Fahrradladen-Projekts.

Am 15.02.2000 gab es nach vorherigen Telefonaten, unter Moderation des Bezirksamts Kreuzberg, Kinderschutzteam, ein gemeinsames Gespräch zwischen den betroffenen Mädchen, Jungen und Erwachsenen.

- ✓ Angesprochen wurde hier nicht nur der aktuelle Konflikt, sondern auch Grundsätzliches zur Kommunikation und zum Verhältnis Mädchen/Jungen.
- ✓ Am Ende des Gespräches lud die Fahrradladengruppe die Mädchengruppe in den Laden zum Essen ein und zur Vorstellung ihrer Arbeit.

Problem: Die Islamische Grundschule kritisierte, dass die vom Bezirksamt zugesagten Spielgeräte noch nicht gekommen sind.

Es hat Reaktionen der Bezirksverwaltung auf Anmerkungen der Kinder gegeben. So wurde vom Natur- und Grünflächenamt in einem Brief erklärt, warum die Spielgeräte, die zusammen mit den Schülern der islamischen Grundschule ausgewählt wurden, noch nicht bestellt und aufgestellt werden konnten. Zurzeit besteht eine Haushaltssperre, sobald diese aufgehoben ist, werden die Geräte geliefert.

Problem: Keine Möglichkeit für die Kinder, im Mendelsson-Bartholdy-Park Fußball zu spielen.

- ✓ Das Natur- und Grünflächenamt wird demnächst das Schild entfernen, dass das Fußballspielen im Park verbietet.
- ✓ Für das kommende Jahr soll ein Bolzplatz in der Nähe angelegt werden.

Ansprechpartnerinnen

Ingrid Papies-Winkler

Dorothee Groß

Tel.: 030 / 74 76 53 38

Tel.: 030 / 74 76 53 17

Fax: 030 / 25 88 33 15

Fax: 030 / 25 88 33 15

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg,
Plan- und Leitstelle – Gesundheitsförderung
Urbanstr. 24, 10967 Berlin

Abbildung 3:
Kinderversammlung
im Rathaus Kreuzberg



Kreuzberg: Grau, blau, rauh und bund

(Melodie: „Aus den blauen Bergen kommen wir ...“)

Aus dem bunten Kreuzberg kommen wir,
uns'ren Kiez, ja den kennen wir, ...
finden Menschen, finden Spuren
aus allen Kulturen,
aus dem bunten Kreuzberg kommen wir.

Aus dem grauen Kreuzberg kommen wir,
als Kiez-Detektive
sind wir alle hier.
Mit der Lupe vor der Nase,
gehen raus wir auf die Straße,
aus dem grauen Kreuzberg kommen wir.

Aus dem blauen Kreuzberg kommen wir,
viele Menschen sind meistens voller Bier,
auf den Straßen liegen Kippen,
manchmal kriegst eins in die Rippen,
aus dem blauen Kreuzberg kommen wir.

Aus dem rauen Kreuzberg kommen wir,
wir sind Kinder
auch wir leben hier,
manchmal kriegste eine Macke,
Mist, schon wieder Hundekacke,
aus dem rauen Kreuzberg kommen wir.

Aus dem bunten Kreuzberg kommen wir,
uns'ren Kiez, ja den lieben wir, ...
haben Eltern und Verwandte,
haben Freunde und Bekannte,
aus dem bunten Kreuzberg kommen wir!

Song „Kiezdetektive“ der Hort-Kinder „Kita Schlesische Straße“
vorgetragen auf der Kinderversammlung im Rathaus Kreuzberg

III. Spielstadt, was ist das?

Von Stefanie Kobczyk³

Das Zurechtfinden in den Strukturen einer Stadt soll für Schulkin- der zu einem lehrreichen und vergnüglichen Erlebnis gemacht wer- den. Dazu gibt es ein Konzept, welches die Schwierigkeiten, denen die Einwohner einer modernen Gemeinde alltäglich begegnen können, spielerisch aufgreift. Das Zusammenspiel der Bürger, Firmen, Geschäf- te und Einrichtungen soll nicht nur erlebt sondern von den Kindern aktiv gestaltet werden.

Eine Spielstadt soll Kindern helfen, sich in die Welt der Erwachse- nen hineinzusetzen. Die Idee ist, eine ganz normale Stadt „im Kleinen“ aufzubauen und zu verwalten. Der Phantasie, was alles dazu gehören kann oder muss, sind dabei keine Grenzen gesetzt.

Der erste Spieltag in der Stadt der Kinder beginnt in der Regel mit dem Gang zum Einwohnermeldeamt. Hier hat man sich erst einmal als neuer Bürger oder Bürgerin registrieren zu lassen. Von dort wird man gleich weiter zum Arbeitsamt geschickt, um sich nun die passende Arbeit zu besorgen.

Wenn dies schon einige Verwirrung stiftet, kann man sich gleich bei der Infobox den rechten Weg weisen lassen oder einen Stadtplan erwerben oder eines der anderen Hilfsangebote in Anspruch nehmen.

Beim Arbeitsamt angelangt, hat man nun die Qual der Wahl und muss sich wohl oder übel auf einen Beruf festlegen, den man mindes- tens für die nächste halbe Stunde ausüben möchte.

Großer Beliebtheit erfreuen sich Berufe, die den Kindern eine un- gewohnte Perspektive bieten; z. B. „Bankangestellter“ oder „Beamter bei der Umweltbehörde“. Arbeitsangebote, die den gängigen Freizeit- beschäftigungen der Kinder entsprechen, sind in diesem Zusammen- hang eher wenig attraktiv. So bleiben Jobs, wie „Popstar“ (in der Spielstadt hat das Arbeitsamt erfreulicherweise auch im Showbusiness einige Vermittlungsmöglichkeiten) oder „Zirkusdirektor“ oder „Thea- terschauspieler“ erst einmal unbeachtet. Erst wenn bemerkt wird, dass zu bestimmten Anlässen, wie Eröffnungsfeiern von Museen oder anderen Festivitäten ein Showteil erforderlich wird, finden sich hier einige Kinder zusammen, die dann dieser Arbeit nachgehen und damit ein Feld gefunden haben, auf dem man gutes Geld verdienen kann.

Verdienstmöglichkeiten sind sehr wichtig in der Spielstadt. Es kann festgelegt sein, dass alle Bürger den gleichen Lohn in einer Ar- beitseinheit (meistens eine halbe Stunde) verdienen oder ob man die Bedingungen des Freien Marktes (Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis) wirken lassen möchte.

Es gibt in jedem Fall eine stadteigene Währung, deren Name meist gemeinsam mit dem Stadtnamen festgelegt wird. Die demokratischen Prozesse der Namensfindungen laufen in einer Spielstadt meist so ab, dass alle Bürger ihre Vorschläge beim Bürgermeisteramt abgeben können und es dann zu einem Bürgerentscheid kommt. Der Bürger- meister oder die Bürgermeisterin wurden zuvor natürlich ebenfalls demokratisch gewählt. Die meisten Wahlkämpfe sind sehr aufwändig.

³ Stefanie Kobczyk ist Praktikantin in der Koordinierungsstelle des BLK-Programms „21“

Es werden dafür Plakate in der ganzen Stadt geklebt, viele Reden gehalten und man gibt sich betont bürgernah.

Doch Bürgermeister zu sein ist dann oft kein einfacher Job. Man ist nun für Beschwerden aller Art zuständig und muss sich immer bemühen, bei allen einen guten Eindruck zu hinterlassen, damit die Bürgerschaft ihre Wahl nicht bereut.

Besonders die hohe Inflationsrate ist häufig ein Anlass für Kritik. Preistreibend wirkt auch die Monopolstellung einiger Firmen. Aber hier regelt bald Konkurrenz die Preise. Oft ist es nämlich gerade die Unzufriedenheit der Bürger mit den Preisen, die Einzelne veranlasst, sich selbstständig zu machen. So werden z. B. Taxiunternehmen gegründet, wo die Fahrgäste per Handwagen befördert werden, und dergleichen Dienstleistungsunternehmen mehr. Wie lange sich die Jungunternehmer halten können und ob ihre Firmen auch die erhofften Gewinne einbringen, bestimmen nun wieder die Gegebenheiten des Marktes.

Arbeiten und Verdienen ist jedoch nur eine Seite des Geldverkehrs in der Spielstadt. Die Vermittlung der anderen Seite, des Ausgebens, gelingt durch die Erhebung von Steuern, die Kosten des täglichen Lebens sowie auch durch das Animieren zum Sparen. Bei Letzterem gibt es viele Möglichkeiten.

Wenn man sich erst einmal unsicher ist, wohin man mit seinem Geld soll, kann man sich hier – wie im wahren Leben – von kompetenten Mitarbeitern der Stadtbank beraten lassen.

Ausgeben lässt sich das Geld aber auch vorzüglich in diversen Eisdielen und anderen Lokalen. Auf der Beauty - Farm oder im Friseursalon kann man sich nach der neuesten Mode frisieren, färben und schminken lassen; sportliche Aktivitäten und andere Unterhaltungsangebote kann es nach Belieben geben. Aber auch das Spielkasino und die Lottobude sind Anziehungspunkte für viele Bürger – verdientes Geld muss ausgegeben werden ... Und auch hier lernt man für das Leben.

Wichtig für das öffentliche Leben der Spielstadt sind auch die Massenmedien. Ob es nun eine Zeitung, Radio oder sogar Fernsehen gibt, ist dabei nicht so entscheidend, aber ein Medium zur Verbreitung allgemeiner Mitteilungen, Neuigkeiten, Interviews mit Persönlichkeiten oder auch nur für Werbeanzeigen der örtlichen Unternehmen muss es unbedingt geben.

Auch sollte man den Elterngarten nicht vergessen! Die Eltern der Bürger müssen während der Arbeitszeit in der Spielstadt angemessen mit Kaffee und Kuchen ruhiggestellt und von geschulten Elterngärtnerinnen betreut werden. Die Spielstadt gehört ja den Kindern und ist somit für Eltern im Grunde tabu. Denkbar sind Führungen für Eltern, die das ansässige Reisebüro der Spielstadt anbieten kann.

Die Verpflegung der Kinder dahingegen sieht so aus, dass sich die meisten Bürger der Spielstadt zur Mittagszeit in der Kantine einfinden, um sich nach vielfältiger und schwerer Arbeit erst einmal an einem warmen Essen zu kräftigen.

So eine Spielstadt ist für Kinder immer ein großartiges Erlebnis. Im Ermessen der Organisatoren liegt es stets, welchem pädagogischen Anspruch das lokale Projekt gerecht werden soll. Basisdemokratische Einrichtungen wie z. B. Bürgerbüros oder Stadtteilläden könnten vor-

gesehen werden. Hier wäre es möglich, die Kinder grundlegende Erfahrungen des sich Einsetzens für das Gemeinwohl machen zu lassen. Oder man legt den Schwerpunkt auf die ökologische Stadtentwicklung. Dabei könnten die von den Kindern gegründeten Unternehmen je nach ihrer ökologischen Wertigkeit mit Bußgeldern oder Steuererleichterungen bedacht werden. Die gesamte Stadtpolitik könnte an Belangen der Ökologie oder sogar der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden.

In jedem Falle muss bedacht werden, dass es umfangreicher Vorarbeiten bedarf, um so ein Projekt wirklich realisieren zu können. Der Material- und Zeitaufwand ist erheblich. Je nach Größe des Projektes bedarf es eines langen Planungsvorlaufes und ggf. der Gewinnung von Sponsoren. Jedoch sind die Anstrengungen in Vorbereitung und Durchführung überaus lohnend, denn Spielstädte sind eine wunderbare Ergänzung zu den Ferienfreizeiten und den verbreiteten Stadtranderholungen.

In großen Städten – beispielsweise Berlin – findet ein Projekt Spielstadt während der gesamten Sommerferien in dem Freizeitpark Wuhlheide statt. Kleinere Gemeinden haben die Spielstadtidee schon erfolgreich in der ersten Ferienwoche realisiert (z. B. Bad Kresselnau, s. u.). Man traf sich dort auf dem Schulhof.

Die Größe der Spielstadt richtet sich stets nach der Anzahl der Kinder, für die das Angebot gemacht wird.

Spielstadtprojekte (Auswahl)

Heidel-York, Kulturfenster e.V., Kirchstr.16, 69115 Heidelberg

Bad Kresselnau, Projektgruppe Ferienspiele, Danziger Weg 9,
88079 Kressbronn

FEZitty, FEZ Wuhlheide, Eichgestell, 12459 Berlin
(www.fez-berlin.de)

Mini-München, PA/Kultur & Spielraum e.V., Müllerstr.42,
80469 München (www.minimunich.muc.kobis.de)